

der wird anerkennen müssen, daß der liberale Einfluß in diesem konservativ-liberalen Gesetzgebungswort so stark und bedeuten ist, daß die Ablehnung des Gesetzes seitens der linksliberalen politisch schwer zu rechtfertigen gewesen und in weiten Kreisen nicht verstanden worden wäre, daß sie ferner eine Vermittlung in unsere Reichspolitik getragen hätte, und daß auf keinen Fall der Liberalismus irgend welchen Vorteil hätte ziehen können. Wenn leider die Sprachfrage nur sehr bedingt in liberalem Sinne hat gelöst werden können, so erklärt sich das daraus, daß sich hier die Regierung unter dem Einfluß ihres liberalen Willens nicht zurückdrängen ließ. Wer den Entwurf mit der Kommissionsfassung vergleicht, wird aber zugeben, daß das Anknüpfen der Forderungen an den § 7 keineswegs verzeihlich gewesen ist. Wenn sich diese schließlich mit dem Reichsrat begnügten und auf den Kompromiß eingie, so hat sie damit bekundet, daß sie entschlossen ist, praktische und keine bloß theoretisch-prinzipielle Politik zu treiben, d. h. unter Umständen auf eine reine Durchsetzung ihres Prinzips zu verzichten, wenn nur ein unlegbarer Gesamtergebnis in freisinniger Richtung erzielt wird. Und daß dies hier der Fall ist, wird im Ernste von niemandem mehr bezweifelt.

Es kommt nunmehr des § 7 schwere Bedeutung innerhalb der freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei laut gemeldet. In der letzten hat man sich nur langsam in Stuttgart ausgeprochen und bei aller Differenz der Anschauungen der Fraktion in Würdigung ihrer Gründe freie Hand gelassen. Die Quäde und Benedek haben ungeachtet ihrer ablehnenden Haltung nicht erklärt, daß sie die Partei verlassen wollen, die Payer, der in Würtemberg schon längst die Bahnen der alten Oppositionspolitik verlassen hat, nunmehr auch im Reich in die Bahnen einer positiven Reichspolitik hat einbiegen lassen. Das hat sich zuerst in der veränderten Haltung gegenüber den Wehrvorlagen gezeigt, wo freisinnige Vereinigung und Nationalsozialisten unter Payer und Kautzmanns Führung erfolgreich vorgegangen sind, so daß nach Payers Tode die freisinnige und Deutsche Volkspartei ihre Haltung revidierten. Deutlich wurde die Erziehung des Zentrums durch die linksliberalen erst möglich und die Reichspolitik vorbereitet, die die einzige Form darstellt, unter der zur Zeit der Liberalismus in Deutschland Einfluß auf die Regierung gewinnen kann."

Deutsches Reich.

Teuerungsvorlage und Besoldungsreform.

Von parlamentarischer Seite des preussischen Abgeordnetenhauses wird der „liberalen Korrespondenz“ geschrieben:

Der Reichstag setzt sich nunmehr von Abgeordnetenhaus in der Fassung der Budgetkommission einseitig angenommen worden. Doch kleiner Verbesserungen, die die Kommission an dem Entwurf vorgenommen hat, gehen zahlreiche Beamtengruppen — alle höheren Beamten, diejenigen mittleren Beamten, die 1907 Gehaltserhöhungen erhalten, die Geistlichen, die Lehrer und Lehrerinnen mit einem Grundgehalt von mehr als 1350 und 1025 u. — leer aus. Bei allen Parteien bestand eine starke Neigung, bei der zweiten und dritten Beratung weitergehende Anträge zu stellen und anzunehmen, aber angesichts der bestimmten Erklärung der Staatsregierung, daß sie die ganze Vorlage zurückziehen werde, falls das Haus über die Vorläufige der Budgetkommission hinausgehen, konnten nur noch Wünsche geäußert werden. Keine Partei konnte und wollte das Odium auf sich nehmen, den Reichstagsetz zu Falle zu bringen, obgleich alle Redner ihrem Unmut über die Zwangslage, in die das Haus durch die Staatsregierung versetzt worden sei, mehr oder minder brüskierten Ausdruck gaben. Staatsrechtler und Abgeordnetenhaus haben gegenüber dem Reichstag die Beamte, Geistliche und Lehrer das Wort. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gestaltung der kommenden Besoldungsvorlagen ganz wesentlich von dem Ausfall der im Juli stattfindenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus abhängen wird. Daraus ergibt sich für die Beamten die Pflicht, ihr wichtiges staatsbürgerliches Recht auszuüben, vollständig zur Wahl zu erscheinen und ihre Stimmen nur solchen Kandidaten zu geben, die gemüßt sind, für die berechtigten Wünsche der Beamten einzutreten. Im Interesse des Staates aber liegt es, die Beamten, Lehrer und Geistlichen so zu stellen, daß sie ihre schweren Pflichten nicht nur pflichtgemäß, sondern auch ohne Nahrungslosigkeit mit Freuden und innerer Hingabe erfüllen können.

Der Erzbischof von Bamberg gegen den Pfarrer Tremel. Erzbischof von Ubert hat, wie den „V. N. N.“ aus Bayreuth gemeldet wird, an den Pfarrer Tremel folgenden Brief gerichtet:

„Ew. Hochwürden!

Wie verschiedene Zeitungen berichten, beabsichtigen Sie im jungliberalen Verein zu Bayreuth demnächst einen Vortrag zu halten. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß ich erst kürzlich dem Herrn Pfarrer und Landtagsabgeordneten Grandinger einen derartigen Vortrag im jungliberalen Verein zu Nürnberg unterlag habe. Aus denselben Erwägungen und aus gleichem Grunde verzieht ich Ihnen hiermit ebenfalls ernst als gemessen, den beabsichtigten Vortrag zu halten. Ew. Hochwürden ergebener

Friedrich von Bilipp,

Erzbischof von Bamberg.

Pfarrer Tremel hat hierauf dem Erzbischof in folgenden Briefe geantwortet:

Erzelen! Hochwürdigster Herr!

Bedingt die Bitten meines betagten Vaters, dem ich die Witternlichkeit eines bis zur äußersten Konsequenz durchgeführten Kampfes um meine persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte ersparen möchte, ver-

anlassen mich, von der Abhaltung des geplanten Vortrages abzusehen. Ew. Erzbischofliche Excellenz überbleibiger und in allen Ständen der kirchlichen Disziplin gehorsamer Pfarrer Johannes Tremel.“

Den persönlichen Motiven, die den Pfarrer Tremel veranlaßt haben, in diesem Falle der Weisung des Erzbischofs Folge zu leisten, wird man keine Mühe nicht verjagen. Vielleicht ist aber die Zeit nicht fern, wo dieselben Personen oder andere mit der Autorität der Kirchenfürsten in Konflikt geraten, denen sich nicht mehr ausweichen läßt. Wie weiter gemeldet wird, dürfte sich der jungliberale Verein in Bayreuth bemühen, die liberale Fraktion des bayrischen Landtages zu einer Interpellation in dieser Angelegenheit zu veranlassen.

Die Studierenden der preussischen Universitäten.

Im Märzheft der Monatschrift für höhere Schulen veröffentlicht Geheimrat A. Tilmann die Ergebnisse seiner statistischen Erhebungen, von denen wir die wichtigsten mitteilen, indem wir in Klammern die Zahlen aus dem Wintersemester 1906/07 folgen, die für diese Zusammenstellung bedeutungsvoller sind als die Angaben über das Sommersemester 1907.

Im verflochtenen Wintersemester betrug die Zahl der immatrikulierten Studierenden in der evangelisch-theologischen Fakultät 1101 (1092), in der katholisch-theologischen 832 (847), alle mit dem Zeugnis eines Gymnasiums. Die juristische Fakultät zählte 6344 (6346) Studierende, davon 5452 (5592) vom Gymnasium, 600 (593) vom Realgymnasium, 232 (191) von der Oberrealschule. Die medizinische Fakultät 2643 (2324), darunter 2289 (2075) vom Gymnasium, 291 (249) vom Realgymnasium und 63 (—) von der Oberrealschule. Die philosophische Fakultät hatte insgesamt 8120 (8031) Studierende, 6097 (5898) Studierende, 697 (5888) vom Gymnasium, 1397 (1220) vom Realgymnasium und 986 (913) von der Oberrealschule. Hieron studierten: Philosophie 207 (223), klassische Philologie und Deutsch 6079 (2727), neuere Philologie 1428 (1374), Geschichte 511 (659), Mathematik und Naturwissenschaften 2328 (2255), sonstige Studienfächer 722 (790).

Für die im Wintersemester eingetretene ersten Semester sind die Verhältnisse im ganzen unverändert geblieben: Evangelische Theologen 65 (62), katholische Theologen 20 (24), alle vom Gymnasium; Juristen 330 (346), davon 263 (291) vom Gymnasium, 48 (41) vom Realgymnasium, 19 (14) von der Oberrealschule; Mediziner 119 (165), davon vom Gymnasium 109 (147), vom Realgymnasium 19 (18), von der Oberrealschule 4 (—); Philosophen bzw. Philologen 406 (593), davon vom Gymnasium 274 (271), vom Realgymnasium 80 (64), von der Oberrealschule 52 (58). Auch innerhalb der einzelnen Fächer der philosophischen Fakultät haben auffällende Verschiebungen nicht stattgefunden. Es studierten: Philosophie 15 (19), klassische Philologie und Deutsch 105 (108), davon 96 (102) vom Gymnasium, neuere Philologie 65 (48), davon 32 (22) vom Gymnasium, Geschichte 30 (28), Mathematik und Naturwissenschaften 129 (127), davon vom Gymnasium 67 (69), und sonstige Studienfächer 62 (63).

Die Elektrifizierung der bayerischen Staatsbahnen.

Die Denkschrift der bayerischen Regierung über die Elektrifizierung der bayerischen Staatsbahnen geht von der Erfahrung aus, daß der elektrische Betrieb sogar jetzt rentabel ist, wenn die Elektrizität durch Wärmekraftmaschinen erzeugt wird, um so mehr bei geeigneten Wasserkraften. Der einphasige Wechselstrom ist nach dem heutigen Stand der Technik der geeignetste, und seine Benutzung sowohl für Arbeitswagen als auch für schwere Lokomotiven möglich. Der Kraftbedarf wird aus den vorhandenen Wasserkraften gedeckt, von denen schon ein Teil genutzt. Die Zahl der durch Ausnutzung von Wasserkraften in Bayern noch zu nennenden Wasserkraften beträgt rund 300 000, gibt aber zu ununterbrochener jährlicher Mindestleistung an. Die erreichbare Leistung ist größer, denn nicht einbezogen in diese Zahl sind die Wasserkraft der als Stauweiche heranzuziehenden Alpenseen, die für den elektrischen Bahnbetrieb in Bayern noch von der größten Bedeutung sein werden. Finanzielle Vorteile bietet somit der elektrische Betrieb, sobald die Kosten der elektrischen Anlagen einen gewissen Betrag nicht übersteigen und wenn eine gewisse Dichtigkeit des Verkehrs vorhanden ist. Diesen Voraussetzungen entsprechen die verkehrsreichen Linien des südlichen Bayerns besser als die nördlichen Linien, weil in Südbayern die Kohlenreue sind, die elektrische Arbeit aber wegen der vorhandenen großen Wasserkraft billiger ist als in der nördlichen Landeshälfte.

Das „Papiergeld“.

Bekanntlich hat das Reichsfinanzministerium in der letzten Zeit eine völlige Umgestaltung erfahren. Die Kassenheine zu 50 und 20 Mark sind an 100 Mark gewandelt, wobei dem 10 Mark Schein ein neuer Scheinseignung im Betrage von 10 Mark eingeführt. Am 7. März 1908 hat die Reichsfinanzkommission eine Prüfung der Reichsfinanzscheine vorgenommen. Danach waren an diesem Tage für 120 Millionen Mark Reichsfinanzscheine im Umlauf und zwar in Etiden zu 50 Mark, noch für 40,4 Millionen Mark, in solchen zu 20 Mark, noch für 3,2 Millionen Mark, zu 10 Mark, für 46,4 Millionen Mark und zu 5 Mark, für 30 Millionen Mark. Die noch aus früheren Jahren umlaufenden Stücke zu 50 und 20 Mark werden durch neue Scheine zu 10 Mark umgetauscht werden. Der Umtausch dürfte nicht mehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Dann wird entsprechend einem Bundesratsbeschlusse das Reichsfinanzministerium so geregelt sein, daß von den täglich zugelassenen 120 Millionen Mark 90 Millionen in 10 und 30 Millionen in 5 Markscheinen im Umlauf sein werden.

Zur Wahlbewegung.

Der Vizepräsident des Reichstags, Raempf, der von den Vertrauensmännern der freisinnigen Volkspartei

als Landtagskandidat für den 7. Berliner Wahlkreis in Aussicht genommen worden war, teilt uns mit, daß er eine Landtagskandidatur nicht annehmen kann.

Im 8. Berliner Landtagswahlkreis ist die Kandidatur des bisherigen Abgeordneten, Geh. Justizrats Caspel, einstimmig in einer Vertrauensmännerversammlung am Montag erfolgt.

Eine Versammlung nationalliberaler Delegierter des Landtagswahlkreises Tellow-Weesow-Storfow-Wilmersdorf hat einstimmig beschlossen: 1. den Wahlkampf gemeinsam mit der freisinnigen Volkspartei zu führen, 2. als gemeinsamen Kandidaten den Amtsrichter a. D. Dr. Liepmann (Charlottenburg) aufzustellen.

Die mittlere Beamtenschaft in Königsberg stellte hier für die Landtagswahl als eigenen Kandidaten den Oberpostassistenten Glader auf. Geplant ist ein Zusammengehen mit den Konfessionellen.

Parteinachrichten.

Vom liberalen Verein zu Hamburg sind folgende Anträge zum Parteitag in Frankfurt a. M. eingegangen: 1. Der Delegiertentag wolle beschließen: „Die Parteileitung wird beauftragt, dahin zu wirken, daß bei kommenden Reichstagswahlen nur solche Parteien als Kandidaten für die Partei aufgestellt werden, die Gewähr dafür bieten, daß sie die Frage der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen allen andern Forderungen und allen tatsächlichen Erwägungen, wie etwa der Rücksichtnahme auf die sogenannte Biopolitik und die liberale Fraktionsgemeinschaft, voranstellen.“ — 2. „Die Parteileitung wird beauftragt, das Zusammengehen mit den Konfessionellen aufzugeben, sofern der Sprachenparagraph der Vereinigungsgesetzvorlage nicht fallen gelassen wird, und nicht jeder deutsche Staatsangehörige das Recht erhält, in der Versammlung in seiner Muttersprache zu reden.“

Allgemeine Mitteilungen.

— Da wegen der Veröffentlichung erdichteter Briefe Kaiser Wilhelm und des Lords Tweedmouth gegen die Zeitschrift „März“ eingeleitete Ermittlungsverfahren auf großen Anlauf infolge Wegfalls an strafrechtlichen Uebertretungsbemerkungen heute eingestellt worden.

— Auf den Abg. Paasche hat, wie die „Kreuzzeitg.“ im Anschluß an die neueste Nachricht der „Berliner Korrespondenz“ festgestellt, wegen der Zurücknahme seines Vorstoßes gegen den Kriegsminister in Sachen Wolke-Harden wegen des Kriegsmilitärs noch irgend eine andere militärische Stelle unter Berufung auf seine Offiziersgesellschaft eingewirkt.

— Der Bericht der Budgetkommission über die Kolonialbahnvorlage ist dem Reichstage jetzt zugegangen.

— Eine neue Verwaltungsordnung für die preussischen Polizeibehörden ist am 15. Januar erlassen worden. Sie tritt an die Stelle der durch die Orber vom 5. Juli 1823 genehmigten Instruktion für die Provinzialfeuerdirektoren.

— Der bayerische Justizminister v. Ritter wird nach Osnabrück in die Pfalz kommen, um die Strafanstalten in Zweibrücken und Kaiserslautern zu besichtigen. Die Anstalten derselben sollen nach Konfessionen getrennt werden. Konferenzanten soll für die Anstalten, Zweibrücken für die katholischen bestimmt werden. Israelitische Strafflinge, deren es aber jetzt wenige gibt, sollen in das sonstige Bayern kommen.

— Der hiesige Finanzbeamtenverein hat an die Militärbehörde eine Eingabe gerichtet mit der Bitte um grundsätzliche Stellungnahme zu der Frage, ob die zivildienstliche Stellung der hiesigen Finanzbeamten an sich ein Grund ist, diese von der Wahl zum Reichsparlament auszuscheiden. Aus dem letzter bei Offizierswahlen gemachten Erfahrungen glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß diese Frage in der Praxis sich in bejahendem Sinne beantwortet. Die Finanzbeamten fühlen sich um so mehr zurückgesetzt, als bei anderen Beamtenkategorien mit 2. geringerer Vorbildung die dienstliche Stellung kein Wahlhindernis bildet.

— Der Lübecker Senat hatte im vorigen Jahre der Bürgerchaft einen Antrag unterbreitet, der die Aufhebung der Freischulen und die Staffung des Schulgeldes für die Volksschulen nach der Einkommenssteuer begwagte. Die Bürgerchaft setzte zur Prüfung dieses Antrages eine Kommission ein, die zur Abklärung des Antrages kam. Die Kommission erkannte an, daß bei den großen Vorteilen, die dem einzelnen durch den Besuch der Volksschulen dargeboten werden, die Erhebung eines nach der Leistungsfähigkeit der Eltern bemessenen Schulgeldes an sich wohl gerechtfertigt erscheinen. Immerhin aber seien 48 Prozent der Schüler aller Volksschulen Freischüler.

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom Mittwoch, 8. April, 11 Uhr.
Dritte Lesung des Besetzungsgesetzes.
In der Generaldebatte nimmt Abg. Singer (Soz.) das Wort, der die Freisinnigen in der schärfsten Weise angeht. Da sich niemand mehr zum Wort gemeldet hat, schließt die Generaldebatte. Eine Spezialdebatte findet nicht statt. Es wird über das ganze Gesetz namentlich abgestimmt. Das Ergebnis ist die Annahme mit 203 gegen 168 Stimmen. (Beifall beim Votum.)
Der Präsident verkündet die Ostererzählung. Er wünscht den Abgeordneten nach der arbeitsreichen Zeit gute Erholung, damit sie nach den Ferien mit erneuerten Kräften auf die neue Arbeit herangezogen können. (Beifall.)
Nächste Sitzung Dienstag, 28. April, nachm. 2 Uhr: Petitionsberichter.

Geröstete Kaffees

mit 10 Prozent Rabatt.

Pottel & Broskowski.

Wir empfehlen als besonders preiswert unsere

Hamb. Mischung	Java-Mischung	Wiener Mischung
Pfund 1.20.	Pfund 1.40	Pfund 1.60.

Bei Einkauf von halben und ganzen Pfunden 10% Rabatt in Sparmarken.

Die Mischungen sind von größter Ergiebigkeit und so hervorragend von Geschmack und Aroma, dass sie den wohlwolltesten Ansprüchen genügen dürften.

Milde, hocharomatische 1907's Tee's, Souchong und Melange

Pfund 1.40, 1.50, 2.70.
Teespitzen, aus nur feinen Sorten zusammengesetzt, Pfund 1.20 und 1.30.

Ausland.

Die Lage in Portugal.

Aus Lissabon wird gemeldet: Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Der Angriff auf die beiden Soldaten ist ein persönlicher Nachakt eines früheren Munizipalgarbisten. Die Polizei hat die Anführer der Ruchführer verhaftet, die beschuldigt werden, mit Gewalt in die geschlossenen Wachtzimmer der Munizipalgarben eingedrungen zu sein. General Gouveia ist beauftragt worden, über das Vorgehen der Munizipalgarben bei den Ruchführungen am letzten Sonntag eine Untersuchung einzuleiten.

Marokko.

Wie der Pariser Korrespondent des „B. T.“ aus hester Quelle erfährt, hat in der Kommission der auswärtigen Angelegenheiten der Abgeordnete für Oron Trouin die Aufmerksamkeit auf die auffallende Tatsache gelenkt, daß an der Spitze der Mahalla des Sultans Abd ul Aziz sich zwei französische Offiziere befinden, und daß Kriegsmaterial in großen Mengen von den französischen Truppen den marokkanischen Truppen zugeführt wird. Die Kommission hat beschlossen, über diese Dinge, die in direktem Widerspruch zu den wiederholt abgegebenen Versicherungen der Regierung stehen, Minister Pichon um Auskunft zu ersuchen.

Arbeitslosenelend in Chicago.

In Chicago sammelten sich gestern morgen 500 Beschäftigungslose Arbeiter, die unter freiem Himmel genächtigt haben, vor dem Rathaus und erklärten, sie seien entschlossen, so lange dort zu bleiben, bis sie entweder Arbeit und Brot bekommen oder verhungerten. Da die Polizei von dem Anzuge weiterer 2000 Arbeitsloser in Kenntnis gesetzt wurde und infolgegeßenen Kravalle befürchtete, so trieb sie die Menge mit Knütteln auseinander, wobei einige Personen, die durch die von der entgegengesetzten Richtung herantommenden Demonstranten aufgehalten wurden, Verletzungen erlitten. Für morgen ist eine Wiederholung der Kundgebungen geplant. Die Arbeitslosen leisteten der Polizei keinen Widerstand, gaben aber wiederholt ihren lesten Entschluß kund, auf der Straße zu sterben, wenn ihnen nicht Gehilfen würde. Die städtischen Behörden geben dem Verlangen der arbeitlosen Menge schließlich nach und heben 200 Lebensmittel unter die Leute zu verteilen. Man hat nicht recht an ihre dauernde Passivität glaubt und einen Angriff auf das Rathaus und den Industrieviertel Hammond befürchtet.

Kleine Tagesnachrichten.

Aus Paris wird gemeldet: An Stelle des Obersten Verant wurde von der französischen Regierung der Oberst Baumann, Kommandant der Pariser republikanischen Garde, mit dem Befehl über die magdeburgische Gendarmarie im Kreise Serres betraut.

Provinzial-Nachrichten.

Der Direktor ist verantwortlich.

rz. Leipzig, 8. April. Ein schreckliches Eisenbahnunglück ereignete sich am 2. Mai v. J. in Spandau. Ein erst am Tage vorher angestellter und ganz unerfahrener Schrankenwärter im Alter von 17 Jahren, der Arbeiter Max Vermum, zog an der Kreuzung der Eisenbahn mit der Straßenbahn die Schranken zu früh hoch und bewirkte dadurch, daß der vordere Teil des Straßenbahnwagens von dem herantommenden Arbeitszuge erfasst wurde, obwohl der Motorenführer und der Lokomotivführer gebremst hatten. Der Straßenbahnwagen stürzte um und es wurden eine Reihe von Fahrgästen teils getötet, teils verletzt. Das Landgericht III in Berlin hat am 30. November v. J. den jungen Wärter Vermum wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes, ferner wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Wegen der gleichen Vorgehen ist aber auch der Direktor der Spandauer Straßenbahn, Hebel verurteilt worden und zwar zu der empfindlichen Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Seine Schuld wurde darin erkannt, daß er den Angeklagten Vermum trotz seiner Unzufähigkeit auf einen Posten gestellt hat, welcher besondere Aufmerksamkeit erforderte. Eigentlich hatte die Eisenbahn diesen Posten zu belegen, aber die Straßenbahn hatte es übernommen, eine geeignete Person zu stellen. Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision wurde heute vom Reichsgericht verworfen. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß der Direktor Hebel sich strafbar gemacht habe, weil er die Anstellung des Schran-

kenwärters übernommen habe und deshalb auch die Pflicht hatte, eine geeignete Person anzustellen. Die Tatsache, daß er die Anstellung hätte ablehnen können, ändere daran nichts. Solche Pflichten brauchen nicht in schriftlichen oder mündlichen Anordnungen enthalten zu sein; sie können sich aus dem Gegenstande und dem Zwecke des Betriebes und aus Folgen von sonstigen Vorschriften ergeben.

Freysburg, 8. April. (A 6 Sturz vom Fährstuh.) Durch eigenes Versehen beim Gebrauch des Fährstuhles stürzte heute nachmittag ein 22 Jahre alter, in der Gerlach'schen Ziegelei beschäftigter Arbeiter ab und erlitt besonders am Kopfe so gefährliche Verletzungen, daß er der Klinik in Halle zugeführt werden mußte. Am dem Aufkommen des Verunglückten wird gearbeitet.

Alte, 8. April. (Erhöhung der Luftbarkeitssteuer.) Die hiesigen Stadträte haben beschlossen, die Luftbarkeitssteuer, die bisher 3, 10 und 15 Mark betrug, auf 10, 20 und 30 Mark zu erhöhen. Die Gemeindezuschläge wurden auf 25 v. H. festgesetzt.

Dingelstädt, 7. April. (Schneepfenzich im Sud.) Dem Abiturienten Walter Weg gelang es im Winterholze an der hiesigen Wiefe drei Schneepfenzich (eine Dausblette) zu fischen.

Gommern, 8. April. (Weberfall.) In Gommern schleuberte ein Mann einen ihmernen Stein darauf auf einen Bahnbeamten, daß dieser zum Anstand. Dem hiesigen Kollegen des Getroffenen war es nicht möglich, den Anstand, der über große Kräfte verfügt, festzunehmen; vielmehr mußten sie sich weiteren Tätlichkeiten durch die Flucht entziehen. Erst in Güterglück, wo der Knob gleichfalls Beamte bedrohte, gelang es, ihn zu überwältigen und dem Amtsgesicht zuzuführen. Ueber seine Personalkosten verweigert der Täter beharrlich jede Auskunft, jedenfalls, weil er noch mehr auf dem Kerchholz hat.

Nordhausen, 8. April. (Hundekau.) Hiergegenlich des während der Zeit vom 24. bis 28. Mai cr. hier stattfindenden großen Thüringer Bezirksjagdschießens soll eine größere zweiteilige Hundekau von Jagd- und Luxushunden teils des Vereins Harzer Jäger und zwar am 24. und 25. Mai cr. veranstaltet werden. Meldeformulare sind bei der Geschäftsstelle der Hundekau, Langestr. 11, erhältlich. Meldungsschluss ist der 15. Mai.

Witterungsbericht vom Broden. (Originalbericht, Nachdruck verboten.) Am Montag gegen Mittag lehte auf dem Broden ein furchtbarer Schneesturm aus nordöstlicher Richtung bei 2 Grad Kälte ein, welcher bis 5 Uhr nachmittags anhielt. Darauf stieg plötzlich die Temperatur auf 2 Grad Wärme, der heftige Schneefall ging in starken Regen über und der Nordoststurm nahm von Stunde zu Stunde an Intensität zu. Der furchtbare Sturm erreichte am 6. 10 Uhr abends zeitweise eine Geschwindigkeit von 30 Metern in der Sekunde; dabei prallte der heftige Regen gegen die Fenster. Nur mit großer Mühe war auf dem Gipfel das Haus zu erreichen und oft warf die Wucht des Sturmes den Wanderer zu Boden. Der Niederlag an Schnee und Regen betrug von Montag früh bis Dienstag früh, also in 24 Stunden, 56 Millimeter. Am Dienstag schwante die Temperatur zwischen 1 und 2 Grad Kälte; in der letzten Nacht ging das Minimum bis auf 5,6 Grad hinab. Heute lobt hier ein furchtbarer Sturm bei 5 Grad Kälte, welcher mit 22 Meter Geschwindigkeit über den Brodenkopf hinwegweht, dabei wechelt häufig Nebelreiben mit Mistfaren ab, die Fernsicht ist durch starke Dunstschichten abgeschnitten. Die Wege im Brodengebiet sind infolge des starken Frohles ganz vorzüglich, man kann von Schierke in zwei Stunden den Broden erreichen. Da fortgesetzt stark und stürmische Ostwinde wehen, dürfte das starke Frostwetter noch weiter anhalten.

Bad Harzburg, 8. April. (Zuden Harzburger Rennen.) In der Generaterversammlung des hiesigen Rennvereins wurde bekannt gegeben, daß die neue Rennbahn, die mit einem Kostenaufwande von 45 000 Mark angelegt werden soll, vollständig gefügt ist und die Vorarbeiten in Angriff genommen werden können. In den diesjährigen Rennen, die für den 4., 5. und 7. Juli in Aussicht genommen sind, wird auch ein Staatspreis von 3000 Mark zur Verfügung gestellt.

Altenburg, 8. April. (Von den Prinzeiden.) Die eine der beiden im Herzogl. Schloßgarten stehenden Prinzeiden, die nach Meldung der Geheimschreiber bald nach dem Prinzenraub (7. Juli 1455) von der Kurfürstin Margaretha bepflanzt worden sein sollen, wird gegenwärtig einer Prozedur zu ihrer Erhaltung unterworfen. Sie wird zum Teil abgerindet und der Stamm, der von unten auf hoch ist, soll mit Zement ausgefüllt werden, um ein Umstürzen der Säuln zu verhindern.

Monneburg, 8. April. (Größfeuer.) Heute früh brannte auf dem Neuster Berge, dem höchsten Berge des Altenburger Distriktes, der mit der Bismarcksäule gekrönt ist, das gesamte Baumgürtelschen Anwesen, bestehend in Wohn-

haus, Wirtschaftsgelände, Scheune und Ställen, vollständig nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Entstehungslafte ist unbekannt.

Leidenberg, 6. April. (Ein spahhafter Pökmann.) In Glienroth fand dieses Tage der hiesige Pökmann die hiesige Pökmann. Er veräußerte letztendlich, daß 352 Spazierhüte, die er zu seinem Vergnügen im Laufe vieler Jahre angefertigt hatte, unter die Teilnehmer an seinem Leidenbergbegegnung vertheilt werden, und zwar bevor der Leidenberg sich in Bewegung setzt. Das Gescheh hat auch; weil aber nur 278 Personen an dem Begegnung teilnahmen, erzielte viele Leute, die sich besonders darum bemerken, mehrere Spazierhüte.

Göttingen, 8. April. (Männer, der Erinnerung wert.) Der zur Errichtung eines Denkmals für die „Göttinger Sieben“ aus städtischen Mitteln angekommene Fonds hat bislang die beschriebene Höhe von 3791 Mark erreicht.

Gotha, 8. April. (Die Hauptversammlung des Thüringerwaldvereins) findet am 23. August in Georghthal statt.

Leipzig, 8. April. (Vom Nebenbuhler zum Fenster hinausgehört.) In der Friedrichstraße wurde ein 47jähriger verheirateter Arbeiter von einem Manne aus dem zweiten Stock gehört. Der hinausgeworfene erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Wie festgestellt wurde, hat der Täter mit der Frau des Verletzten ein Verhältnis gehabt. Mehrdeutlich liegt ein Mordverdacht vor.

S Hannover, 7. April. (Einen harten Kampf um das Bürgerrecht.) hat hier ein Fabrikant ausfinden müssen, dem die preussische Staatsangehörigkeit bestritten wurde, weil sein Vater im Jahre 1830 in Kurhessen das Bürgerrecht erlangt hatte. Da nun Kurhessen schon 1866 aufgehört hat, zu existieren, so hat der Mann eigentlich überhaupt keine Staatsangehörigkeit. Bei der Ausübung seiner Militärpflicht und auch sonst im öffentlichen Leben galt er allerdings als Preuße. Als er jedoch das Bürgerrecht der Stadt Hannover erwerben wollte, wurde von ihm verlangt, daß er erst die preussische Staatsangehörigkeit erwerben müsse. Eigentlich sollte man meinen, daß die im vergrößerten Preußen geborenen Kinder annerkannter Eltern ganz von selbst die preussische Staatsangehörigkeit erwerben müßten. Doch die Behörde mußte es ja schließlich besser wissen. Der Mann ohne Staatsangehörigkeit wandte sich beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten und ging schließlich bis zum Minister, jedoch ohne Erfolg. Jetzt endlich ist dem Fabrikanten sein Preussentum vom Regierungspräsidenten attestiert worden. Es soll nun ein Mißverständniß an der ganzen Sache schuld sein und zwar so, daß die Person, auf die das Bürgerrecht übertragen wurde, ein in Kurhessen geborener Sohn des Göttinger Fabrikanten gewesen sein sollte. Wenn das richtig ist, muß man erwarten, daß der Beamte in Geographie und Geschichte noch etwas fortbildet. Wertwürdig bleibt aber doch, daß man auf dem langen Wege bis zu der Ministerialentscheidung nicht zu der Einsicht gekommen ist, daß ein Kurhesse begründetes Recht darauf hat, sich als preussischer Staatsangehöriger zu betrachten.

Galleischer Marktbericht

vom 8. Markt.

Eier pro Mandel	0,90-1,00	Wachelt pro Stck	0,10-0,25
Butter pro Stck	0,75-0,78	Weißhohl pro Stck	0,10-0,25
Schmalz pro Stck	1,75-2,50	Wirtinshohl p. Stck	0,05-0,15
Hühner pro Stck	1,50-3,00	Salat pro Stck	0,10-0,15
Kühe pro Stck	0,80-1,40	Kochfleisch pr. Stck	0,05-0,10
Blau pro Stck	—	Kochschaf pr. Stck	0,02-0,05
Gänse pro Stck	—	Wieseln pro Stck	0,05-0,12
Kaninchen pr. Stck	1,00-1,30	Schweinefleisch Wd	0,75-0,85
Schaf pro Stck	—	Kanarienvogel pr. Pz.	2,50-4,00
Kalbfleisch pr. St.	—	Kalbfleisch pr. Pz.	0,30-0,40
Kanarienvogel pr. St.	—	Schweinefleisch Wd	0,75-0,85
Wien pr. Wd.	—	Kanarienvogel pr. Pz.	2,50-4,00
Wachelt pr. Wd.	0,25-0,50	Kanarienvogel pr. Pz.	2,50-4,00
Wachelt pr. Wd.	0,10-0,15	Kanarienvogel pr. Pz.	2,50-4,00
Wachelt pr. Wd.	0,25-0,50	Kanarienvogel pr. Pz.	2,50-4,00

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schramburg; für den Handelsteil: Fritz Kaus; für den Interdental: Max Knebel; Druck und Verlag von Otto Hendel, Eimlich in Halle a. S.

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Sie ist wieder da die alte Freundin und hilft auch in diesen schweren Zeiten. In jedem Hause thätig beim Anusup, beim Heilmachen. Nur wenige kennen sie noch nicht, und diesen sagen wir's: sie heißt Ruhs's Salin-Tern-Kerze und ist nur echt mit rotem Kreuzband. Bessere, parisiere, praktische, dauerhafte, wie viele Ruhs's kann man sich wirklich nicht denken, deshalb auch können Sie bei jedem einflussreichen Kaufmann heute Ruhs's haben. Ruhs's ist nur echt mit Ruhs's.

Ohne jede Kaufverpflichtung bin ich gern bereit, meine grosse permanente und interessante

Möbel-Ausstellung

zu zeigen, um über die verschiedenen Stile, Holzarten, Preise usw. sachmännliche Auskunft zu geben. Durch rationelle Anlage meines grossen Fabrikbetriebes, sowie durch günstige grosse Abschlässe in Rohmaterialien und ferner durch Anfertigung aller neuen künstlerischen Entwürfe in eigenen Ateliers bin ich in der Lage, sehr vorteilhafte Preise stellen zu können.

Prinzip des Hauses:
Strengste Solidität — Billigste Preise — Weitgehendste Garantie!
Transport franko durch eigene Geschirre!

Möbelfabrik E. Hauptmann,

Halle a. S. — Kl. Ulrichstrasse 36a u. b.

